



Hannes Androsch:
„Den Fehler werden
wir nicht machen.“

Erste Details zum Androsch-Begehren

Keine Frage zur Gesamtschule

In ÖSTERREICH präsentiert Androsch erstmals Eckpunkte des Bildungsvolksbegehrens: Die Frage der Gesamtschule bleibt ausgespart.

Wien. Bis zum 2. Februar will der Industrielle Hannes Androsch den Text für sein Bildungsvolksbegehren fertig haben. Im Interview mit ÖSTERREICH gibt sich Androsch sicher, dass sein Begehren die magische 100.000-Unterschriften-Marke überspringen wird. Und: Heikle Fragen wie die Forderung nach der Gesamtschule und nach Studiengebühren sollen ausgespart bleiben.

ÖSTERREICH: Wann findet Ihr Volksbegehren statt?

HANNES ANDROSCH: Wir wollen am 2. Februar den Text präsentieren, dann beginnen wir mit dem Sammeln der Unterschriften. Ich hoffe auf eine Eintragswoche vor dem Sommer, damit der Zeitraum nicht in den Sommer fällt, wo alle auf Urlaub sind.

ÖSTERREICH: Was legen Sie sich für eine Latte? Sind die für die Behandlungen im Parlament nötigen 100.000 Unterschriften genug?

ANDROSCH: Angesichts des Interesses bin ich sicher,

dass wir die 100.000er-Marke überschreiten werden. Das Ergebnis hängt letztendlich von jedem einzelnen Bürger ab.

ÖSTERREICH: Fordern Sie eine Gesamtschule? Wie sieht das mit dem 2. Streitthema Studiengebühren aus?

ANDROSCH: Diesen Fehler werden wir nicht machen. Das sind Fragen, die eindeutig von der Politik zu beantworten sind. Wir werden ein Konzept vorlegen, das schon im Vorschulbereich ansetzt. So brauchen wir 50 Prozent mehr Kindergartenpädagoginnen. Dann geht es

tum eine bessere Schule für alle, ein Vorbild ist da wohl Finnland. Das geht dann hinauf bis zu den Universitäten, die tatsächlich mehr Geld brauchen.

ÖSTERREICH: Mehr Geld also für die Schule?

ANDROSCH: Nein, wir haben ein vergleichsweise teures Schulsystem, mit einem bescheidenen Output. Sehen Sie sich Bayern an: Mehr Einwohner als Österreich und trotzdem nicht neun Schulverwaltungen. Ein Punkt wird sein: Die Schule soll Bundes- und keine Landesaufgabe sein – mit größtmöglicher Autonomie der einzelnen Schulen.

Interview: G. Schröder